

Antworten der FDP-Hagen

- Werden Sie für die Ausstattung von öffentlichen Gebäuden, Beratungsstellen, Dienstleistungsanbietern mit induktiven Höranlagen und einheitlichen Hinweisschildern stimmen?

Ja, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel dafür vorhanden sind oder durch entsprechende Fördermittel abgedeckt werden können. Eine sofortige und umfangreiche Ausstattung der genannten Gebäude mit solchen Geräten ist unter den aktuellen Haushaltsbedingungen nur schwierig darstellbar, zumal zusätzliche freiwillige Ausgaben der Genehmigungsvorbehalt durch die Bezirksregierung unterliegen.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die geltenden Normen, die auszugsweise auf der ersten Seite genannt wurden, verbindlich bei Umbauten und Modernisierungen Anwendung finden?

Ja.

- Wie gewährleisten Sie, dass die Kostenübernahme für entsprechende Hilfsmittel ohne Vorbehalte, transparent, ohne bürokratischen Mehraufwand und unabhängig von den persönlichen Gegebenheiten gestaltet wird?

Wir können dies momentan nicht vorbehaltlos gewährleisten. Sämtliche freiwilligen Ausgaben unterliegen dem Genehmigungsvorbehalt der Bezirksregierung. Wenn sich die finanziellen Bedingungen verbessern, haben die Anliegen von Menschen mit Beeinträchtigungen für uns jedoch eine hohe Priorität, insbesondere da hier eine sehr große Gruppe von Menschen vorhanden ist.

- Werden Sie einen Etat bereitstellen für die Finanzierung von Schriftdolmetscher oder anderen Kommunikationsdiensten auf öffentlichen Veranstaltungen, Weiterbildung bei der VHS usw.?

Diese Frage kann momentan durch die Politik nicht seriös beantwortet werden, da wir insbesondere die Folgen der Corona-Pandemie auf den kommunalen Haushalt noch nicht abschätzen können.

- Werden Sie für die Ausstattung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Haltestellen mit Texthinweisgebern (z.B. Monitore) und einheitlichen Hinweisschildern stimmen?

Wenn die finanziellen Mittel dafür vorhanden sind, ja. Auch diese Frage kann nicht seriös beantwortet werden. Gerade die ÖPNV-Anbieter sind massiv durch Einnahmeausfälle betroffen, die durch die Corona-Pandemie verursacht werden.

- Wie stehen Sie zu der Forderung, akustische Sanierungen in den Schulen durchzuführen und eine Ausstattung mit Audio-Übertragungssysteme vorzunehmen? Wann soll damit begonnen werden?

Wir haben in vielen Schulen massiven Sanierungsbedarf. Durch kommunale Mittel kann dieser nicht befriedigt werden. Hier sind das Land und der Bund in der Pflicht weiterhin Fördermittel zur Verfügung zu stellen. Spezialausstattungen für alle Schulen sind selbst durch Förderprogramme kaum darstellbar. Wo dies möglich und sinnvoll ist, sollten Audio-Übertragungssysteme aber berücksichtigt werden.

- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass vorhandene Hilfsmittel an Schulen auch verlässlich eingesetzt werden?

Hier ist insbesondere eine entsprechende Fortbildung der Lehrkräfte notwendig. Inklusive Bedürfnisse spielen in der Lehrerfortbildung bisher eine zu geringe Rolle.

- Wie werden Sie die Aufklärung des Kollegiums über inklusive Bedarfe fördern?

Es sind aus unserer Sicht genügend Mittel für die Fortbildung von Lehrkräften vorhanden. Die Schwerpunkte der Fortbildungsmaßnahmen müssen überprüft und ggf. angepasst werden.

- Werden Sie Hilfsmittel für Schüler und Auszubildende bereitstellen, die nach Vollendung des 18. Lebensjahres diese nicht mehr von der Krankenkasse bekommen?

Derartige Ausgaben wären sicher wünschenswert, liegen aber nicht im Aufgabenbereich der Kommune und können durch uns finanziell nicht erbracht werden.

- Wie werden Sie auf die Qualität in der Pflege hinwirken, dass das Pflegepersonal ausreichend geschult wird und ausreichend Zeit erhält, den zu pflegenden Personen mit Hörbeeinträchtigung ihre persönlichen Hörhilfsmittel korrekt anzulegen?

Die Frage kann nicht durch die Kommunalpolitik beantwortet werden.

- Werden Sie Beratungsdienste für Senioren für Kommunikationsbarrierefreiheit sensibilisieren?

Solange es sich um städtische Einrichtungen oder kommunale Träger in Hagen handelt ist dies aus unserer Sicht bereits der Fall.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Begleitdienste oder ähnliches für Senioren oder hilfsbedürftige Personen organisiert werden für Gänge zum Arzt, zum Akustiker oder in die behandelnde Nachsorge-Klinik?

Soweit dies im Bereich unserer Möglichkeiten liegt, ja. Allerdings ist auch dies vornehmlich Aufgabe der sozialen Träger.

- Werden Sie besonders bei Veranstaltungen für Senioren darauf achten, dass Räume mit guter Akustik und Beschallungsanlagen verwendet werden und induktive Anlagen eingesetzt werden?

Wenn es sich um kommunale Veranstaltungen handelt, ja.

- An wen können sich Bewohner oder Patienten wenden, wenn Sie keinen Ansprechpartner haben, der mit ihnen deutlich spricht?

An die Leitung der jeweiligen Einrichtung.

- Werden Sie für die komplette Kostenübernahme für Schrift- und Gebärdensprachdolmetscher in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stimmen?

Das würden wir gerne tun, wenn es unsere Aufgabe wäre. Eine solche Übernahme kann aber eigentlich nur über die Krankenkassen geregelt werden. Kommunal ist dies weder finanziell noch organisatorisch darstellbar.

- Werden Sie Kommunikationshilfen bei politischen Veranstaltungen bereitstellen?

Ja, wenn sich ein konkreter Bedarf ergibt.

- Hat in Ihrer Kommune ein Mensch mit Hörbeeinträchtigung schon einmal Leistungen aus der Eingliederungshilfe für das Ehrenamt erhalten? Welches sind in Ihren Augen die größten Hürden bei der Antragstellung?

Die Frage kann kurzfristig nicht beantwortet werden, da uns die notwendigen Daten nicht vorliegen.

- Gibt es in Ihrer Partei Hörgeschädigte, die als Amtsträger tätig sind?

Es gibt in unserer Partei eine hörgeschädigte Person, die als sachkundiger Bürger tätig ist.